

11. Jahrgang, Ausgabe 1 Ostern 2005

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landtagsfraktion
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg Tel.: (0391) 560 2000
39104 Magdeburg Fax: (0391) 560 2030

Liebe Freunde,

Jetzt mit Beginn des Frühlings wird uns sichtbar vor Augen geführt, dass Wechsel zum Leben gehört und Leben erhält. Auch in der redaktionellen Arbeit ist so etwas von Zeit zu Zeit notwendig: **Michael Schekatz**, dem herzlicher Dank für seine Arbeit zu sagen ist, hatte seit Beginn die Redaktion unseres Rundbriefs inne und bittet jetzt, bedingt durch berufliche Mehrbelastung, sie abgeben zu dürfen.

Nun ist es heutzutage nicht leicht, freiwillige und unbezahlte - noch nicht einmal mit Auf-

wandsentschädigung verbundene Arbeit „zu vermitteln“, zumal der Nachfolger im Amt, **Wolfgang Löw**, auch keinen Job hat, der Frei-

mit und da er in einem Institut arbeitet, das Hirnvorgänge untersucht, kann er Dinge einbringen, die dem Christenmenschen von

heute am Herzen liegen bzw. auf der Seele brennen. Darüber hinaus ist er dem Evangelischen Arbeitskreis in Sachsen-Anhalt von Anfang an verbunden.

Also kein „Neuanfang“, sondern ein Wechsel, der für Konstanz sorgt. Dafür wünschen wir Gottes Segen.

Jürgen Scharf
EAK-Landesvorsitzender

Kontinuität
und
Wandel

raum für nebenamtliche Tätigkeit zulässt. Aber der Neue bringt durch seine Tätigkeit als Leiter einer Informationsstelle und wissenschaftlichen Bibliothek die „Nähe zum Gedruckten“

sondern ein Wechsel, der für Konstanz sorgt. Dafür wünschen wir Gottes Segen.

Ostern

Um die Bedeutung von Karfreitag zu beleuchten, möchte ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen, die von einem Huhn und einem Schwein handelt. Das Huhn und das Schwein waren äußerst betroffen über die Lage der Kinder in der Dritten Welt. Sie besprachen die Sache unter sich. Doch sie sahen keine Möglichkeit, den hungernden Kindern zu helfen. Sie vertagten sich, um über Nacht vielleicht doch noch eine Lösung zu

finden, wie den Kindern geholfen werden kann. Am nächsten Tag trafen sie sich wieder. Das Huhn stellte seine Lösung des Problems vor. Wir liefern den Kindern ein Mittagessen. Ich liefere die Eier und du den Schinken. Gegen diesen Vorschlag protestierte das Schwein aber auf das Entschiedenste. Es sagte: „Für Sie ist das eine Gabe, aber für mich ist das Hingabe!“ Genau das hat Jesus, der Sohn Gottes, für

uns getan. Er hat sich am Karfreitag für uns hingegeben, damit wir leben können. Aus diesem Grund ist Ostern der grundlegende Feiertag für die Christen. Ostern umfasst die Leiden Jesu bis zu seiner Auferstehung. Oft hören wir von Nichtchristen, dass die Evangelisten in den von ihnen verfassten Evangelien die Geschehnisse sehr unterschiedlich erzählen und es demzufolge alles wenig glaubhaft ist. Ja, es gibt Unter-

In dieser Ausgabe:

Ostern	1-4
Vorankündigung: Tagung der KAS	5
KiFöG-Befürworter setzen sich klar durch	5-7
Religionsunter- richt: Klare verfas- sungsrechtliche Vorgaben	7/8
Informationen aus dem Bundesar- beitskreis des EAK	8
Buchrezension: Die Philosophie der Weisheit	9
Das gibt es sonst noch	9
EAK-Nachrichten	10

Verantwortliche Redakteure:
Wolfgang Löw, Jürgen Scharf MdL
Der Herausgeber verfolgt keine
kommerziellen Interessen.

Ostern Fortsetzung von Seite 1

schiede im Auslassen und Hinzufügen. Das ist dem Anliegen der Verfasser in ihrer Zeit geschuldet. So gibt es keine exakte zeitliche Abfolge der Geschehnisse, sondern die für den Glauben an Jesus wichtige Reihung.

Die Leidensgeschichte beginnt bereits mit der Absicht der Hohenpriester und Schriftgelehrten, Jesus zu töten. Aber genau das, was diese Menschen planen, Jesus nicht am Passafest zu töten, gelingt Ihnen nicht, denn es geht nach dem Plan Gottes. Judas Ischariot informierte die Hohenpriester und lieferte damit Jesus an sie aus. Über sein Motiv lässt sich streiten. War es wirklich der Geldgier oder einfach der letzte Versuch, den von ihm als Zelot falsch verstandenen Jesus zu zwingen, politisch aktiv zu werden? An dieser Stelle ist es kennlich, wie wenig rein moralische Maßstäbe ausreichen, um die Schuld vor Gott zu bemessen, wenn wir unsere eigenen Wege an Gott vorbeigehen. Das letzte Mahl mit seinen Jüngern enthält die Verheißung des Neuen Bundes mit Gott. Die Gegenwart der Tischgemeinschaft ist Gegenwart der Zukunft. Die Jünger verstehen die Bedeutung der Worte von Jesus nicht. Auf dem Weg zum Ölberg sagt Jesus die Flucht der Jünger nach seinem Tod nach Galiläa voraus, während diese noch die Treue zu ihm verkünden. Die Wiederholungen des Gebetanges im Garten Gethsemane bekunden die Not des Leidens von Jesus. Die schlafenden Jünger unterstreichen die von Gott gewollte Einsamkeit. Durch den Kuss von Judas kenntlich gemacht, nimmt ihn die Schar der Häscher gefangen. Die Befragung von Jesus

durch den Hohenpriester kann nur kurz gewesen sein, denn dass die Mitglieder des Synedriums noch in der Nacht zusammenkamen, ist höchst unwahrscheinlich, das erfolgte wahrscheinlich erst am Morgen des folgenden Tages. Das Tempelwort von Jesus dürfte für den Hohenpriester, die Sadduzäer und Pharisäer den eigentlichen Stachel gebildet haben. Petrus hatte sich bis in den Hof des Hohenpriester vorgewagt. Als die Magd an ihn herantritt und ihn als „Nazarener“ bezeichnet, der mit Jesus zusammen war, leugnet Petrus sofort, obwohl er gar nicht zu seinem Bekenntnis gefragt ist. Die vielen Worte, die er zu dieser Magd sagt und die bekanntermaßen eine Beteuerungsformel sind, zeigen deutlich die Verlegenheit von Petrus, die sein Ausweichen in die dunkle Torhalle noch unterstreicht. Doch die Magd lässt nicht locker und fragt ein zweites und drittes Mal. Nun kann Petrus in die Enge getrieben nicht mehr umhin, sich laut vor mehreren Zeugen zu verfluchen und zu schwören, dass er diesen Menschen nicht kenne. Doch für Petrus spricht letztlich, dass er nicht in Büßertrotz verfällt und alles selbst wieder gutmachen will, sondern bitterlich weint und sich somit als Jünger von Jesus erweist. An dieser Stelle wird der Kontrast von der Treue des Menschensohnes und der Untreue der Menschen deutlich. Begegnungen mit Gott gibt es nur dort, wo der Mensch sich in seiner Selbstsicherheit (Mk. 14, 29) nicht unangefochten wähnt, sondern sich unter das Gericht Gottes gestellt

weiß. Die Verurteilung von Jesus durch die religiösen Führer und die Auslieferung an den römischen Prokurator ist nach einem wohl gut bedachten Plan erfolgt, der offenbar auch schon mit der Besatzungsmacht abgesprochen war. Auf die Frage des Pilatus: „Bist du der König der Juden?“ antwortete Jesus mit: „Du sagst es“, um dann zu schweigen. Für den römischen Prokurator war die Beantwortung seiner Frage mit politischer Aufruhr gleichzusetzen, da es keinen israelischen König mehr gab, sondern nur die „Vierfürsten“. Der Abschnitt, wo Jesus vor Pilatus steht, ist mit vielen Zusätzen versehen, die für die Gemeinde heilsgeschichtlich von Bedeutung sind und schwerlich das Geschehen wiedergeben. Markus (15, 10) gibt deutlich zu verstehen, dass Pilatus von der Unschuld Jesu überzeugt ist. So drückt das Schweigen von Jesus den waren Freien aus im Gegensatz zu Pilatus, als den Abhängigen. Markus berichtet in seinem Evangelium nur kurz über die Geißelung. Mitleid oder Hass soll nicht durch seinen Bericht aufkommen. Das steht in einem schreienden Widerspruch zu dem im vergangenen Jahr gezeigten Film über die Passion von Jesus, der seine Geißelung mit allen Scheußlichkeiten breit auswalzt und damit vom geistlichen Anliegen eines Markus weltweit entfernt ist. Markus ist an dieser Stelle seines Evangeliums nur am wehrlosen Schweigen Jesu gegenüber den Fragen des Verhörführers, den wohldurchdachten listigen Anschuldigungen der religiösen Führerschaft und dem Geschrei des leicht beeinflussbaren Volkes interessiert.

„Das letzte Mahl Jesu mit seinen Jüngern enthält die Verheißung des Neuen Bundes mit Gott.“



Petrus verleugnet Jesus drei Mal, Kirchenfenster in Ziteil /Schweiz

Ostern Fortsetzung von Seite 2

Damit ist der Wille ausgedrückt, dass Jesus bewusst leiden will, um genau diesen Menschen ihre Schuld abzunehmen und ihnen eine Freiheit zu geben, die sie als Sklaven des Ringens um ihre Selbstsicherheit nicht ahnen können. Die Menschen haben Angst davor, sich göttlicher Verheißung und Forderung zu stellen. Die nach der Freigabe von Jesus zur Kreuzigung sich anschließende Verspottung als „König der Juden“ durch die römischen Legionäre ist mit hoher Wahrscheinlichkeit historisch. Wenn man weiß, dass König Agrippa, als er nach Ägypten kam, von der Menge verhöhnt wurde. Die Menge griff sich einen geistig Behinderten, stattete ihn mit Diadem, Königsmantel und Szepter aus und huldigte ihm, indem sie ihn als Herr, wie die Urgemeinde von Jesus, anriefen. Das geschah im Zuge antisemitischer Ausschreitungen gegen den von Rom anerkannten König der Juden. Wenn man

zwischen beiden Geschehnissen Parallelen zieht, dann wird deutlich welche Erniedrigung beide erleiden müssen. Verspottung und Misshandlung ist durchaus römischer Brauch, wie man es am Beispiel der Enthauptung von Kaiser Vitellius nachlesen kann.

Die Kreuzigung von Jesus wird von Markus (15, 20-26) sachlich knapp geschildert. Die Angabe des Verbrechens auf einer am Kreuz befestigten Tafel war üblich. Auf der Tafel stand „der König der Juden“. Sollte das ein Hohn auf jüdische Hoff-

nungen sein? Zur Richtstätte müssen die zur Kreuzigung verurteilten den Querbalken selbst tragen. Jesus war nach der Geißelung dazu nicht mehr in der Lage. Die Soldaten nötigen einen am Wege Stehenden, Simon von Kyrene, das Holz zu tragen. Interessant ist auch, dass trotz dieser knappen Berichterstattung mitgeteilt wird, dass er vom Felde kommt und er der Vater von Alexander und Rufus ist. In den später abge-



fassten Evangelien sind die Söhne nicht mehr bekannt und werden, ebenso wie der Hinweis „vom Felde“, nicht mehr erwähnt. Das stellvertretend für Jesus Simon von Kyrene als „Nachfolger“ von Jesus das Querholz tragen muss, er wurde ja genötigt und tat es nicht freiwillig, ist dem Verständnis der Gemeinde von der Nachfolge sehr wichtig (Mk. 8, 34). Die Soldaten kreuzigten Jesus und losten um seine Bekleidung. An dieser Stelle sei auf das Geschehen im Psalm 22 verwiesen. In diesem alttesta-

mentlichen Psalm konnte die Gemeinde das Leiden von Jesus nachlesen. Für die Schilderung der Passion dürfte dieser Psalm Pate gestanden haben. Im Text werden nicht die von einem Menschen kaum ertragbaren Schmerzen erwähnt, sondern der Schwerpunkt der Aussage liegt auf der Verwerfung des Sohnes Gottes, die sich mit Mk. 3, 6 schon abzeichnet. Durch die Verspottung des am Kreuz hängenden Jesus wird seine Erniedrigung nochmals gesteigert. Es spotten ja nicht nur die Vorübergehenden und die Schriftgelehrten, sondern auch die mit im gekreuzigten Verbrecher zu seinen Seiten. Die Schriftgelehrten bekunden durch ihre Aufforderung, dass Jesus vom Kreuz herabsteigen soll, damit sie Glauben könnten, dass sie gerade dadurch den Glauben unmöglich machen und Jesus zum Übermenschlichen deklarieren und nicht als Messias und König Israels sehen. Gott unterscheidet sich gerade dadurch vom Übermenschlichen, dass er

sich nicht durchsetzen, Recht behalten und die Gegner zerschmettern muss. Das Eintreten der Finsternis von der 6. bis zur 9. Stunde und der erfolgreiche Klageruf von Jesus: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ erinnert uns an die Tiefe und Weite des Geschehens, das in Amos 8, 9 angekündigt und nach Mk. 13, 24 auch den jüngsten Tag begleiten wird. Das Geschehen hat kosmische Dimensionen. Der geschilderte Aufschrei von Jesus (Mk. 15, 37) zeigt auch das Schmerzlichste,

I.N.R.I.

Jesus Nazarenus Rex
Iudaeorum -
Jesus Christus König der
Juden

„Das Zerreißen
des
Tempelvorhanges
ist eine
theologische
und nicht
historische
Aussage.“

Ostern Fortsetzung von Seite 4



Piero di Cosimo
(1462-1521):
Maria von Magdala

„So enthüllt
Gott selbst die
Gottessohnschaft
Jesu.“

das ihm widerfahren konnte, das Getrenntsein von seinem Vater. Doch Jesus bleibt bei seinem Vater trotz aller Verlassenheit. Den Schrei vor seinem Tod hat deshalb die Gemeinde als Psalmgebet gedeutet.

Das Zerreißen des Tempelvorhanges ist eine theologische und nicht historische Aussage. Ein Heide, der Centurio, der die Hinrichtung leitete, wird von Markus in seinem Evangelium als der bezeichnet, der als erster den Vorgang begreift und ein vollgültiges Bekenntnis zum Sohn Gottes ablegt. Die wissenschaftlich geprägte Welt von heute fragt nicht nach der Aussage des Textes, sondern fragt: War es möglich, dass diese Finsternis stattfinden konnte? Diese falsche Frage bedingt natürlich eine falsche Antwort. Die Darstellungsformen in denen sich der Glaube ausdrückt sind nicht wichtig, wichtig ist die gemeinte Sache. So die Tatsache, dass Gott in Jesus Christus selbst der Welt begegnet. Das ist kein zufälliges Ereignis, sondern Gottes Wille zu seiner von ihm geschaffenen Welt. Diese Tatsache wurde mit dem irdischen Leben von Jesus bereits deutlich und nicht erst nach Ostern. Ein Glaube, der auf Grund der Wunder von Jesus ihm Göttlichkeit zuschreibt, ist Dämonenglaube (Mk 3, 11; 5, 7). Dieser soll keinesfalls weiter verkündet werden. So enthüllt Gott selbst (Mk. 9, 7) die Gottessohnschaft Jesu. Dabei verweist Gott nicht auf die Wunder von Jesus, sondern auf seine Worte. Es musste mit dem Vorwurf der Gegner von Jesus gerechnet werden, die da behaupten würden, dass der Leichnam von Jesus von seinen Jün-

gern beiseite geschafft würde, um seine Himmelfahrt zu dokumentieren. Ein Ratsherr (Joseph von Arimathäa), der von Pilatus den Leichnam erbat, ist sicherlich nicht der von Markus als Sympathisant geschilderte. Eher ist daran zu denken, dass der Hohe Rat daran interessiert war, durch einen von ihnen die Bestattung von Jesus vorzunehmen, um ein Wegschaffen des Leichnams durch Anhänger von Jesus auszuschließen. Es wird nicht gesagt, dass es ein bestimmtes Grab war, sondern nur: „...das er in einem Grab beigesetzt wurde“ (Mk. 15, 46). Nach römischer Sitte war es üblich, dass der Leichnam Freunden oder Verwandten überlassen wurde. Das sollte offenbar verhindert werden. Jüdische Sitte war es wiederum, dass ein Hingerichteter keinen Anspruch auf ein Privatgrab hatte. Bei Matthäus (27, 62-66) lesen wir, dass die religiöse Führung bei Pilatus vorstellig wird, um zu bitten, dass das Grab bis zum 3. Tag bewacht werden soll. An dieser Stelle wird deutlich, dass die zentrale Stelle für den christlichen Glauben die Auferstehung von Jesus ist. Das erklärt auch das Bemühen beider Seiten, die Auferstehung von Jesus glaubhaft zu machen bzw. das in Abrede zu stellen. Zwei Frauen (Maria von Magdala und Maria) beobachten die Grablegung. Als sie am nächsten Morgen kommen, ist das Grab offen, der Stein weggerollt. Das Grab ist leer, ein Jüngling sitzt im Grab. Sie erschrecken furchtbar. Die Gestalt in den weißen Kleidern versucht sie zu beruhigen und teilt ihnen mit, dass Jesus auferweckt ist, und sie den

Jüngern sagen sollen, dass er Ihnen nach Galiläa vorausgegangen ist. In Galiläa sollen sie ihn sehen, wie er ihnen Vorausgesagt hat.

Zusammenfassend kann man sagen, dass, wenn göttliches Sein in Erscheinung tritt, die Menschen erschrecken, entsetzt reagieren und sich fürchten. Es wird deutlich, dass die Jünger alle vorherigen Ankündigungen nicht verstanden haben und wie mit Blindheit geschlagen sind. So muss Ihnen Jesus erst als Auferstandener begegnen, damit sie den wahren Sachverhalt erkennen und das, was Nachfolge bedeutet. In allen Auferstehungsberichten erscheint Jesus nur den an ihn Glaubenden. Warum wohl? Weil Glaube durch Beweise stirbt, genauso wie echte Liebe zugrunde geht, wenn sie Beweise für die Liebe des anderen fordert. Die Auferstehung von Jesus ist unmöglich durch objektive Beweise den Nichtglaubenden zu beweisen. Haben wir diesen Glauben? Festsustellen ist, dass aus der verängstigten Schar seiner Anhänger Boten wurden, die trotz aller Gefahren für Leib und Leben die Botschaft vom auferstandenen Herrn in der damals bekannten Welt in nur wenigen Jahrzehnten verkündeten.

Holm Dietze



**Wenn Dein Kind Dich
morgen fragt ...
(5. Mose 6, 20)**

**30. Deutscher Evangelischer
Kirchentag
25.-29. Mai 2005, Hannover**

Vorankündigung: Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Herzliche Einladung zu der Tagung

„Der Islam -
Grundlagen, Historie, Gegenwart“

vom 28.-30.10.2005
im Bildungszentrum Schloß Wendgräben

Themen im einzelnen:

- Was kennzeichnet den Islam? - Die fünf Säulen des Islam
- Glaubensrichtungen im Islam: Sunniten, Schiiten etc.
- Islam und Politik: Ansprüche des Islam auf die Ausgestaltung der Gesellschaft
- Islam und der 'heilige Krieg': Ist der Islam eine Religion des Friedens?
- Terroristische Strömungen und Gruppierungen im Islamismus
- Muslime in Deutschland
- Die Lage der Christen in der Türkei
- Perspektiven für den christlich-islamischen Dialog

Tagungsbeitrag: 80€ /DZ , 100€ /EZ

Anmeldungen nehmen wir bereits gerne entgegen!

Anmeldungen bitte an:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel. (039245) 952 351
Fax. (039245) 952 366

Dr. Silke Bremer
Bildungszentrum Schloß Wendgräben



**KAS-Bildungszentrum
Schloß Wendgräben**

KiFöG-Befürworter setzen sich klar durch

Sachsen-Anhalt hält an den geltenden gesetzlichen Regelungen zur Kinderbetreuung fest. Der Volksentscheid zur Wiedereinführung des Kinderbetreuungsgesetzes (KiBeG) ist am 23. Januar 2005 deutlich gescheitert. Seine Initiatoren konnten mit einem Stimmenergebnis von knapp 332.000 nur etwa 16 % der Wahlberechtigten für ihr Anliegen gewinnen. Damit wurde das erforderliche Quorum von mindestens 25 % deutlich verfehlt.

Unterschiedliche Argumentationsmuster

Die regierungskritischen Befürworter des Volks-

entscheid hatten Ihre Kampagne auf emotional besetzte Argumentationsmuster aufgebaut. So sahen sie Kinder arbeitsloser Eltern mit ihrem Halbtagesanspruch auf Betreuung gegenüber ihren ganztägig betreuten Altersgenossen mit berufstätigen Eltern im Nachteil. In der Hochphase der Auseinandersetzung war in diesem Zusammenhang von einer Stigmatisierung sozial schwacher Familien die Rede. Etwas abstrakter wurde in einem weiteren Argumentationsstrang die von der Landesregierung propagierte politische Prioritätensetzung für Familien in Frage gestellt. Was muss

Sachsen-Anhalt tun, um den Bevölkerungsschwund zu stoppen, so wurde gefragt und ein Mehr an Betreuung als Problemlösung angeboten. Unter Verweis auf das Kinderbetreuungssystem der DDR argumentierte man darüber hinaus, das Land müsse sein hohes Betreuungsniveau als soziale Errungenschaft vor dem "Spardiktat" der öffentlichen Hand bewahren.

Dem hielten die Befürworter des geltenden Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) entgegen, das Land Sachsen-Anhalt verfüge nach wie vor über das bundesweit höchste Betreuungsni-



**Das KiFöG stellt die
Kinderbetreuung in
Sachsen-Anhalt auf
eine solide Basis**

KiFöG-Befürworter setzen sich... Fortsetzung von Seite 5



PDS, Grüne, DGB
und Teile der SPD -
schillerndes
Bündnis gegen das
geltende Kinderför-
derungsgesetz
(KiFöG)

„Der Staat kann
bei der
Kindererziehung
nur
unterstützend
wirken.“

veau in Deutschland und brauche auch internationale Vergleiche nicht zu scheuen. Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit der Frauen und der Erziehung von Kindern sei von den materiellen Voraussetzungen her nirgends in Deutschland besser gewährleistet als in Sachsen-Anhalt. Gerade vor dem Hintergrund einer extrem angespannten Haushaltslage werde damit deutlich, dass das Land seinen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in eindrucksvoller Weise leiste. Betreuungsumfänge, die über das gesetzlich garantierte Maß hinausgingen, seien zu Lasten des Landes auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Sachsen-Anhalts von innerdeutschen Finanztransfers nicht zu verantworten. Auch sollten sie nicht über höhere Elternbeiträge erkaufte werden. In ihrem Appell an die Eigenverantwortung der Eltern hat die CDU einmal mehr unterstrichen, dass sie die Verantwortung für die Kindererziehung zuerst bei den Eltern sieht. Der Staat könne hier nur unterstützend wirken, etwa durch die mit dem KiFöG eingeführten vorschulähnlichen Bildungsangebote, die allen Kindergartenkindern im Vorschulalter während der Vormittagsstunden zugute kämen.

Wer unterstützte den Volksentscheid?

Das Stimmresultat von ca. 332.000 für die KiFöG-Gegner zeigt, dass das Potential der Unzufriedenen bereits mit der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren im Herbst/Winter 2003/04 weitgehend ausgeschöpft wurde. Damals hatte das

"Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt" rund 275.000 Unterschriften gesammelt - eine bemerkenswerte Zahl, die nur mit Unterstützung durch gut organisierte Partner erreicht werden konnte. Diese Partner fanden sich zum Einen im Lager der DGB-Gewerkschaften. Sie sahen in ihrem Engagement für ein Zurück zum KiBeG die bestmögliche Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder. Hinzu kamen die Oppositionsparteien PDS und Bündnis 90 / Die Grünen, die sich über Volksbegehren und Volksentscheid gegenüber dem Regierungslager zu profilieren versuchten. Mit diesem Ziel dürfte vor allem die PDS zu den offiziell bekannten 17.000 Euro des Bündnisses eine größere Summe für Plakate, Postkarten und Flugblätter beigesteuert haben. Doch nicht nur die PDS verknüpfte mit dem Volksentscheid weit reichende Ziele, auch Bündnis-Sprecher Kay-Uwe Papenroth ließ in einem Interview seine landespolitischen Ambitionen durchblicken ("Wir wollen mehr."). Nur unter der Verheißung höherer politischer Weihen, so darf vermutet werden, konnte das schillernde Spektrum der KiFöG-Gegner bis zum Tag der Abstimmung auf eine gemeinsame Linie eingeschworen werden.

Eine zweifelhafte Rolle im Wahlkampf spielte die SPD. Im Landtag stellte sie sich ihrer Verantwortung und bekräftigte in Person des Fraktionsvorsitzenden Jens Bullerjahn die Kompromisslinie mit den Regierungsparteien CDU und FDP. Im Ergebnis von Verhandlungen mit der schwarz-gelben

Koalition hatte die SPD im Frühjahr 2003 der Einführung des KiFöG zugestimmt. Offenbar ist es ihr in der Folge nicht gelungen, die Parteibasis hinter diese Haltung zu einen. So kam es mit Unterstützung durch "abtrünnige" Landtagsabgeordnete in einzelnen Kreisverbänden zu Parteitagsbeschlüssen gegen den KiFöG-Kompromiss, bzw. für ein "Ja" beim Volksentscheid. Stellvertretend für diese gespaltene Haltung der sachsen-anhaltischen Sozialdemokraten stand und steht der neu gewählte Landesvorsitzende Holger Hövelmann. Er ließ auch sein eigenes Abstimmungsverhalten bis zuletzt nicht erkennen.

Vorbote neuer Verteilungskonflikte

Auf der Suche nach einem roten Faden in der Medienberichterstattung zum Ausgang des Volksentscheids fällt in erster Linie das allgemeine Erstaunen über die hohe Anzahl von Nein-Stimmen beim Volksentscheid auf. Nahezu 40 % der Abstimmenden lehnten ein Zurück zum KiBeG und damit Mehrausgaben von 43 Mio. Euro für das Land Sachsen-Anhalt ab. Bemerkenswert ist dieser hohe Anteil an Nein-Stimmen vor dem Hintergrund, dass ein breit angelegtes Werben für ein "Nein" beim Volksentscheid bewusst unterlassen wurde. Vielmehr machten CDU, FDP und Regierungsvertreter deutlich, dass auch die Nichtteilnahme als Nein-Stimme zu werten sei. Wenn dessen ungeachtet viele KiFöG Befürworter an der Abstimmung teilgenommen haben, unterstreicht dies ihren Einsatz für die Beibehaltung der

KiFöG-Befürworter setzen sich... Fortsetzung von Seite 6

geltenden Gesetzesgrundlage. In diese dezidierte Haltung dürfte sich auch die Vorahnung kommender Konflikte um eine Neuausrichtung staatlicher Förderung gemischt haben. Wenn die eigenen Steuereinnahmen nicht drastisch steigen, werden die finanziellen Spielräume der Landespolitik, die letztlich auch die Neuregelungen in der Kinderbetreuung erzwungen haben, weiter abnehmen. Neue Auseinandersetzungen um Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand

sind also absehbar. Umso erfreulicher ist die Botschaft, die von dem ersten Volksentscheid in Sachsen-Anhalt ausgeht: Die Bürger haben einen realistischen Blick auf die finanziellen Verhältnisse Sachsens-Anhalts bewiesen. Die Abhängigkeit ihres Landes von den Finanztransfers des Aufbau Ost im Blick, haben sie auch über die Landesgrenzen hinaus Verantwortungsbewusstsein signalisiert. Nicht zuletzt wissen die Sachsen-Anhalter auch, dass der

Sozialstaat nur erhalten werden kann, wenn Partikularinteressen nicht die Oberhand gewinnen. In diesem Interesse haben sie ihre Verantwortung als Eltern, Großeltern oder Erzieherinnen wahrgenommen. Das stärkt der CDU in Sachsen-Anhalt den Rücken, die Augenmaß, Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu Prinzipien ihrer Politik erklärt.

Jürgen Scharf

Religionsunterricht: Klare verfassungsrechtliche Vorgaben

Religion ist ebenso wie Ethik in den öffentlichen Schulen Sachsens-Anhalts ordentliches Lehrfach. So steht es in der Landesverfassung. Verfassungsrechtliche Sonderregelungen, wie sie für die Länder Berlin, Brandenburg und Bremen gelten, sind in Sachsen-Anhalt nicht gegeben. Somit stehen Politik und Verwaltung in der unbestreitbaren Pflicht, dem Verfassungsrang der beiden Fächer in vollem Umfang Geltung zu verschaffen.

Dreierregelung hat keinen Bestand mehr

In der konkreten Umsetzung galt bis in die jüngere Vergangenheit hinein: Nur in den Schulklassen, in denen sowohl Ethik als auch evangelische und katholische Religion angeboten werden, ist die Teilnahme der Schüler an einem der drei Unterrichtsangebote verpflichtend ("Dreierregelung"). Diese gedeutete Abhängigkeit der Einrichtung eines der Unterrichte von den anderen ist jedoch nach neueren Er-

kenntnissen nicht haltbar. Vielmehr muss jede Möglichkeit genutzt werden, einen der Unterrichte einzurichten und ihn im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen anzubieten bzw. verpflichtend zu machen. Das bedeutet, die Pflicht zur Teilnahme am Ethikunterricht oder Religionsunterricht besteht unabhängig davon, ob an einer Schule sowohl Ethikunterricht als auch evangelischer und katholischer Unterricht angeboten werden.

Aufgrund der gesetzlich verankerten Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit können Schüler zur Teilnahme am Religionsunterricht jedoch nicht gezwungen werden, sofern die Eltern - bzw. ab dem 14. Lebensjahr die Schüler selbst - es nicht wollen. Im Unterschied dazu ist ein Schüler, der den Religionsunterricht nicht besucht, zur Teilnahme am Ethikunterricht verpflichtet, wenn dieser angeboten wird.

Land muss geeignete Bedingungen schaffen

Nach welchen schulfachlichen Vorgaben vollzieht sich der flächendeckende Aufbau entsprechender Unterrichtsangebote? Im Schulgesetz ist festgelegt, dass der Ethik- bzw. Religionsunterricht einzurichten ist, sobald die erforderlichen Unterrichtsangebote entwickelt sind und geeignete Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen. Für die Erfüllung dieser Bedingungen hat das Land zu sorgen, so etwa durch Lehreraus- und -weiterbildung bzw. durch Lehrer-einstellung und -einsatz. Wo dies ungeachtet aller Anstrengungen nicht gelingt, darf das Land sich mit diesem Zustand nicht abfinden, sondern muss stetig an der verfassungsrechtlich geforderten Unterrichtsversorgung arbeiten.

Dazu zählt auch, dass der Religionsunterricht abweichend von den Vorgaben für andere Unterrichtsfächer, in klassen-, jahrgangs- und schulüber-

„Das Land muss stetig an der verfassungsrechtlich geforderten Unterrichtsversorgung arbeiten.“



Religion und Ethik haben in Sachsen-Anhalt Verfassungsrang

Religionsunterricht: Klare... Fortsetzung von Seite 7



Im Landtag macht sich die CDU für den Werte bildenden Unterricht in Sachsen-Anhalt stark

greifenden Lerngruppen - im Berufsschulbereich sogar schulformübergreifend - erfolgen kann. Unzulässig ist jedoch die Beauftragung nicht aus- oder fortgebildeten Personals. Die Mindestteilnehmerzahl der Lerngruppen liegt derzeit bei sechs Schülern. Über die Einrichtung konfessionsübergreifender Angebote haben die Kirchen zu entscheiden.

Das Ziel einer flächendeckenden Unterrichtsversorgung in den Werte bildenden Fächern ist verfassungsrechtlich be-

gründet und hat daher eine ungeminderte schuladministrative Priorität. Derzeit ist dieses Ziel nur für 57 % der Schüler in Sachsen-Anhalt erreicht, wobei die Zahlenwerte für die einzelnen Schulformen zwischen gut 20 % an Sonderschulen und gut 75 % an Grundschulen eine erhebliche Schwankungsbreite aufweisen.

CDU-Fraktion nimmt Landesregierung in die Pflicht

Die CDU-Landtagsfraktion nimmt die Landesregie-

rung dafür in die Pflicht, dass bestehende Hürden auf dem Weg zu einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung im Werte bildenden Bereich in Kooperation mit Kirchen, Schulen bzw. Schulverwaltung, Lehrern, Eltern und Schülern Schritt für Schritt beseitigt werden.

Jürgen Scharf

(unter Berücksichtigung eines Beitrages von Herrn S.-G. Stehli für das Schulverwaltungsblatt, Ausgabe März 2005)

„Die deutsche Politik hat stets der Wahrung der Menschenrechte zu dienen.“

Informationen aus dem Bundesarbeitskreis des EAK

Schwerpunkt der Bundesvorstandstagung im Februar 2005 war ein Gespräch mit dem Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, Hermann Gröhe MdB zum Thema „Menschenrechte“. Zuerst stellte Hermann Gröhe seine Sicht dar. Danach folgte eine Aussprache zu diesem Thema.

Manche Menschen nehmen an, sich in der Welt für die Durchsetzung bzw. Einhaltung von Menschenrechten einzusetzen, sei „politischer Zuckerguss“. Das ist jedoch nicht so. Beispielsweise ist die Menschenrechtsfrage im Grundsatzprogramm der CDU im Zusammenhang mit der Außenpolitik erwähnt. Auch in der Verfassung der Bundesrepublik findet das Thema Berücksichtigung: So hat die deutsche Politik stets der Wahrung der Menschenrechte zu dienen. Nach Ansicht von Hermann Gröhe muss aber die CDU

hinsichtlich ihrer Menschenrechtsarbeit noch kontinuierlicher und glaubwürdiger werden. Abschiebungen im Rahmen der Zuwanderungspraxis hintertreiben mitunter die Bemühungen um Menschenrechte. Wenn zum Beispiel Christen in islamische Länder abgeschoben werden sollen, ist erkennbar, dass hier das Recht auf freie Religionsausübung nicht gewahrt ist.

Im Rahmen der Aussprache wurden die Situationen in China, in Armenien, in Israel und auch das Verhältnis zur PDS angesprochen. Insgesamt plädiert Hermann Gröhe für mehr Sensibilität im Umgang mit den Menschenrechten.

Der Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB sprach in seinem Bericht folgende Schwerpunkte unserer Arbeit an: Die Flutkatastrophe und ihre Folgen auch aus der Sicht Betroffener. Die Ergebnisse des CDU-Parteitages in Düsseldorf. Ein Treffen

im Januar 2005 zwischen dem Rat der EKD und dem Präsidium der CDU, die Arbeit der Bundestagsfraktion zur „Patientenverfügung“ und das Thema „Spätabtreibung“. Ein Punkt war auch der Streit mit der Hermann-Ehlers-Stiftung um die Verleihung der Hermann-Ehlers-Medaille durch den EAK. Deshalb hat der Bundesvorstand beschlossen, dass die vom EAK verliehene Ehrung zukünftig die Bezeichnung „EAK-Medaille für Kirche und Politik“ tragen soll.

Ein weiterer Schwerpunkt der Februartagung des Bundesvorstandes war die Bundestagung (10. und 11.06.2005) in Heidelberg.

Die 42. Bundestagung des EAK wird unter dem Thema „Zukunft für Deutschland zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“ stehen. Bitte merken sie sich diesen Termin schon vor. Sie sind alle ganz herzlich eingeladen.

Michael Schekatz



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

www.evangelischer-arbeitskreis.de

Die ständig aktualisierte Internetpräsenz des EAK-Bundesverbandes

Buchrezension: Die Philosophie der Weisheit

Die Magdeburger EAK-Mitglieder und Freunde werden sich erinnern, dass wir Dr. Frieder Lauxmann schon zur Lesung eingeladen hatten. Durch sein Schaffen zieht sich ein roter Faden: Er will ermuntern, selbst zu denken! Er will nicht Berge von Faktenwissen, er will weniger und zugleich mehr: Verstehen!

Natürlich weiß Lauxmann, dass es eigentlich unmöglich ist, „Philosophie der Weisheit“ als Titel zu wählen (nicht nur wegen der enthaltenen Tautologie). Seiner Schreibart gemäß findet Lauxmann auch eine schöne Geschichte dazu:

Zwei Weise begegnen einander. Da fragt der eine: "Sag mir, woran erkennt man deine Weisheit?" Der gibt zur Antwort: "Man erkennt sie daran, dass ich bis jetzt gerade diese Frage mir und anderen noch nie gestellt habe."

um später zu formulieren:

Hier geht es um etwas ganz anderes: Weisheit ist Wissen ohne Wissen. Die wirkliche Weisheit zeigt sich in der unbelegbaren, nicht vorgeformten und oft nicht nachvollziehbaren Wahrheit. Ihre Quellen sind völlig anderer Natur als die eines Lehrbuchs, eines Konversationslexikons oder des Internets. Deshalb ist

Weisheit auch nicht lehrbar, wie ein Schulfach. Es gibt weise Lehrer. Man erkennt sie jedoch nicht an dem, was, sondern wie sie lehren, und vor allem daran, dass sie von den Schülern geliebt und geachtet werden. Wenn man dann fragt, worin denn ihre Weisheit besteht, dann wird nichts erklärt, sondern es werden nur Geschichten erzählt. Und hier liegt das Faszinierende an der Weisheit: sie ist nicht, was man wissen oder besitzen kann. Sie geschieht, sie zeigt sich, sie spielt sich

Auf den Punkt gebracht:

1. Weisheit ist nicht speicherbar, sie geschieht.
2. Weisheit ist nicht systematisch, also auch nicht programmierbar.
3. Weisheit wächst allein in der Liebe zur Welt. (vgl. 1. Kor. 13)
4. Weisheit bringt das Gute hervor.

ab. Das brauchen keine Heldentaten zu sein; oft genügen kleine und kleinste Begebenheiten, teilweise völlig unbeachtete Nebensächlichkeiten, um in einem Menschen Weisheit zu erkennen. Letzten Endes ist sie eine ganz neue und zugleich uralte, oft verkannte Dimension des Denkens. Der Weise denkt anders, handelt anders, urteilt anders, denn Weisheit ist der aufregendste Störfaktor im Bereich menschlichen Denkens. Sie fragt nicht nach Gründen, sie

ist selbst ein Grund. Wer aber anders denkt als die anderen, stört diese beim Nichtdenken. Weisheit regt auf...

Ich brauche nicht weiter auszuführen, dass auch diesmal Lauxmann von Berufsphilosophen nur müdes Lächeln ernten wird. Warum ich ihn dennoch empfehle, ist, dass er Philosophie den Menschen in der „Alltagswelt“ nahebringen will, die die griechische Wortzusammensetzung *Philo* - Liebe, *sophia* - Weisheit wörtlich nehmen wollen. Und damit kommt Lauxmann der Diskussion und der Suche nach menschlichen Werten ganz nah.

Wie man es aus anderen Lauxmann-Büchern kennt, diskutiert er Ansichten von Anbeginn der Philosophie bis zur Neuzeit. Er hat weder Angst, sich mit Kant noch mit der Existenzialphilosophie Sartres heftig auseinanderzusetzen. Aber sehen Sie selbst und holen Sie sich dies Büchlein aus der Buchhandlung, Bibliothek oder im Modernen Antiquariat, denn dort ist die 2002 erschienene „Hardcover“-Version gerade aus der Preisbindung heraus und kostet weniger als das 2004 auf den Markt gekommene Taschenbuch.

Wolfgang Löw

Frieder Lauxmann:

Die Philosophie der Weisheit.

Die andere Art zu Denken

dtv, München 2004, 9,50€

„Weisheit ist der aufregendste Störfaktor im Bereich menschlichen Daseins.“

Das gibt es sonst noch Handyklingeln: Statt nervigem Gedudel hören Sie Orgeltöne

Wer sich gern mit „Wachet auf, ruft uns die Stimme“, „Macht hoch die Tür“, „Lobet den Herren, (den mächtigen König der Ehren)“ oder einem anderen Choral anrufen lassen möchte, kann sich die entsprechenden Klingeltöne für 1,99 Euro unter www.petriklingel.de herunterladen. Die Idee dazu stammt vom Orgelbauverein der Hamburger Hauptkirche St. Petri. Der Erlös fließt in die Renovierung der Kirchenorgel.

Ein noch breiteres Angebot finden Sie allerdings hier (Titel in Holländisch): www.catholictunes.nl Im Gegensatz zu den Hamburger Orgeltönen ist es bei dem NL-Angebot „handynah dudelig“.

EAK-Nachrichten

Keine verbrauchende Embryonenforschung durch die EU

Auf Initiative des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel MdB hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Beschluss gefasst, dass die Europäische Union keine verbrauchende Embryonenforschung aus EU-Mitteln finanzieren darf.

Rachel dazu: „Es schadet der breiten Akzeptanz europäischer Forschungsförderung und behindert die Verwirklichung gemeinschaftlicher Ziele, wenn nicht respektiert wird, dass verbrauchende Embryonenforschung in mehreren Mitgliedsstaaten als Instrumentalisierung menschlichen Lebens, als Verstoß gegen die Menschenwürde und das Recht auf Leben verstanden wird.“

Entsprechend dem nun beschlossenen Bundestagsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf die Vernichtung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken, die in

einigen EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, eine Straftat darstellt, nicht durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert werden. Gefördert werden dürfen nur Forschungsverfahren mit Stammzelllinien, die bereits zu einem festen Stichtag existierten. Stichtagsregelungen haben sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland bewährt.

PDS diskriminiert Christen in Berlin

Als "in Sachsen-Anhalt zum Glück nicht realisierbar" bezeichnet der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) in Sachsen-Anhalt, Jürgen Scharf, Pläne der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, an allgemein bildenden Schulen ein Pflichtfach "Interkulturelle Bildung" einzuführen. "Kirchen und christentumsfeindlich" sei die PDS-Forderung, die Möglichkeit zum alternativen Besuch des Religionsun-

terrichts auch konfessionell gebundenen Schülern zu verweigern.

"Diese faktische Abschaffung des Religionsunterrichts ist mit der sachsen-anhaltischen Landesverfassung nicht vereinbar. Evangelische und katholische Religion sind und bleiben an unseren Schulen verfassungsrechtlich geschützt. Wenn die PDS den Berlinern eine staatliche Werteerziehung zwangsverordnet, erinnert das an längst überwunden geglaubte Zeiten. Sie offenbart damit einmal mehr, dass sie im pluralistischen Rechtsstaat nicht angekommen ist.

Alarmierend sei die unterstützende Haltung der Berliner SPD, die in Person ihres Vorstandsmitglieds Monika Buttgerit versichere, sie spreche beispielsweise den Katholiken ihre Werte nicht ab, wolle diese aber nicht „mit Schülern diskutiert“ sehen.

(Pressemitteilungen in Auszügen)

„Verbrauchende Embryonenforschung ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde und das Recht auf Leben.“



42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg

mit

Dr. Angela Merkel MdB
Vorsitzende der CDU Deutschlands

Bischof Dr. Ulrich Fischer
Landesbischof der Evangelischen Kirche in Baden

Prof. Dr. Klaus Berger
Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Heidelberg

Prof. emerit. Dr. Dr. hc Christoph Link
Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht, Erlangen

